

Allgemein/Sozialstaat

1. Halten Sie die finanzielle Ausstattung der Kommunen, die immer mehr soziale Aufgaben mit steigenden Kosten (z.B. in der Eingliederungshilfe) übernehmen müssen, für ausreichend oder müssten diese aus dem Gesamtsteueraufkommen (z.B. Anteil Einkommensteuer/Umsatzsteuer) nicht mehr erhalten?

Antwort:

Wir setzen auf starke eigenverantwortliche Kommunen mit einer guten Finanzausstattung. Der Bund darf nicht immer neue Aufgaben für die Kommunen generieren, ohne die nötige Finanzausstattung zur Verfügung zu stellen. Krankenhausfinanzierung, Teilhabegesetze, Ganztagsbetreuung, Asylkosten und vieles mehr wurde in den letzten Jahren vermehrt auf die kommunale Ebene abgewälzt. Das darf so nicht weitergehen.

Wir fordern die Konnexität auf Bundesebene und eine engere Einbeziehung der kommunalen Ebene bei politischen Entscheidungen auf Bundesebene.

2. Sind die sozialen Fürsorgeleistungen und die sozialen Versicherungsleistungen (Rente/Krankenversicherung) Ihrer Ansicht nach zukunftssicher finanziert und wo bräuchte es Veränderungen?

(Ist ein großes Thema, daher vielleicht nur ein paar Stichworte)

Antwort:

Wir wollen den Generationenvertrag erneuern. Wir setzen uns als Ziel, die bestehende Struktur der Sozialversicherung zu überarbeiten. Dabei setzen wir auf die Eckpfeiler soziale Verantwortung, Eigenverantwortung und Generationengerechtigkeit.

Eine gute Versorgung in Krankheit und den Unterstützungsbedarf im Alter wollen wir für jeden Bürger sicherstellen. Dabei wollen wir mittelfristig Familien entlasten und die Möglichkeit geben, eigenes Vermögen aufzubauen. Das bestehende System wollen wir durch neue Vorsorgebausteine ergänzen. Dazu gehört, dass sich künftig private Krankenversicherungen, Berufsgenossenschaften und Beihilfen ebenfalls an den strukturellen Vorhaltekosten von medizinischen Einrichtungen beteiligen, die aktuell allein von den gesetzlichen Krankenkassen und staatlichen Mitteln getragen werden.

Wir setzen uns für eine Reform der gesetzlichen Pflegeversicherung ein, so dass die zu leistenden Eigenanteile sozialverträglich gestaffelt und gedeckelt werden.

3. Der Sozialstaat ist sehr komplex und es gibt für verschiedene Lebenslagen sehr unterschiedliche Leistungsträger und insgesamt sehr aufwendige Antragsverfahren. Ein großer Anteil sozialer Beratung ist heute nur noch die Hilfe bei der Durchsetzung von Ansprüchen.

Was könnte und sollte man da verbessern? Kann man Leistungen zusammenfassen? Wenn Sie einen politischen Zauberstab hätten und das System ganz neu ordnen könnten, was wäre ihre grundlegenden Ideen?

Antwort:

Die Partei FREIE WÄHLER steht für Bürgernähe, Pragmatismus und Effizienz.

Ich stimme zu, dass der Sozialstaat einfacher, transparenter und bürgerfreundlicher werden muss. Bürger/innen verzweifeln regelmäßig an komplizierten Antragsverfahren und wissen oft gar nicht, welche Unterstützung ihnen überhaupt zustehen. Statt eines bürokratischen Dschungels brauchen wir ein System, das Hilfen schneller und unbürokratischer bereitstellt.

M.E. bedarf es hierzu u.a. einer Vereinfachung und Digitalisierung der Antragsverfahren (z.B. ein zentrales, digitales Bürgerportal, das Anträge für verschiedene Sozialleistungen bündelt und automatisch prüft, welche Ansprüche bestehen; besserer Datenaustausch zwischen Behörden; vereinfachte und verständliche Formulare), einer Zusammenfassung von Leistungen (z.B. eine Sozialleistung, die Grundsicherung, Wohngeld und Kinderzuschläge vereint und automatisch berechnet), mehr persönliche Beratung statt Bürokratie, mehr Eigenverantwortung und Anreize zur Integration in den Arbeitsmarkt (z.B. vereinfachte Hinzuverdienstmöglichkeiten).

Wäre ich im Besitz des von Ihnen genannten Zauberstabs, würde ich diesen einsetzen, um einen transparenten, digital unterstützten Sozialstaat mit weniger Bürokratie, mehr automatisierten Prozessen und direkter Unterstützung für Menschen in Not zu erschaffen. Hieraus würden sich klare Zuständigkeiten, weniger Behörden, schnellere Bearbeitungszeiten und ein stärkerer Fokus auf individuelle Förderung ergeben.

Bürgergeld

4. Was ist bei der derzeitigen Gestaltung der Grundsicherung für Arbeitssuchende (Bürgergeld) ihrer Ansicht nach änderungsbedürftig?

5. Halten Sie die Höhe des Regelsatzes des Bürgergelds für richtig, zu niedrig, zu hoch?

6. Es gibt ja bereits die Möglichkeit, dass die JC zur Arbeitsmarktintegration verpflichtende Maßnahmen wie Arbeitsgelegenheiten oder Teilhabe (16 e und i SGB II) nutzen. Halten Sie eine weitergehende Arbeitspflicht- und wenn ja in welcher Form- für arbeitsfähige BürgergeldempfängerInnen für richtig?

7. Von den Kosten des Bürgergelds wird über die Hälfte für Verwaltung ausgegeben und die JC widmen jedes Jahr mehr Mittel aus dem Geld für Eingliederung für ihre Verwaltung auf. Gleichzeitig

erleben wir, dass die persönliche Betreuung und vor allem die Zugänglichkeit für Hilfesuchende abnehmen.

Müsste man das ändern und wenn ja, wie?

8. Trotz anderer Berechnungen von Experten wird vielfach behauptet, dass Lohnabstandgebot zwischen niedrigen Löhnen und der Grundsicherung stimme nicht mehr.

Halten Sie in diesem Zusammenhang einen höheren Mindestlohn für eine Option oder sehen Sie andere Ansätze?

Antwort:

Wir fordern eine grundlegende Überprüfung und Reform des sogenannten Bürgergelds. Der Begriff Bürgergeld soll abgeschafft werden, da er inzwischen von Teilen der Gesellschaft so verstanden wird, als würde es Ihnen als leistungslose Zahlung zustehen. Diese Wahrnehmung kann zu einer Stigmatisierung von Empfängern und das gesellschaftliche Verständnis von der Unterstützung negativ beeinflussen. Menschen, die nicht eingezahlt haben, oder Arbeitnehmern, die länger als 12 Monate arbeitslos sind, soll eine Sozialhilfe ausgezahlt werden.

Um die sozial Bedürftigen auch künftig unterstützen zu können, müssen in Zeiten der Personalknappheit in der Wirtschaft die Arbeitsfähigen gezielter zur Arbeit aufgefordert werden. Arbeitsfähige, die zumutbare Arbeit ablehnen, dürfen nicht genauso versorgt werden wie kranke Arbeitsunfähige.

Es ist Zeit für eine gerechte und effiziente Sozialpolitik, die Anreize zur Arbeitsaufnahme schafft und Missbrauch verhindert.

Auch Ukrainer dürfen nicht mehr automatisch das Bürgergeld erhalten, sondern müssen gezielter in Arbeit gebracht werden. Das ist eine Win-win-Situation für beide Seiten.

Wohnen

9. In vielen Ballungszentren und besonders auch in Heidelberg sind die Kosten für die Wohnungen eines der größten Armutsriskiken.

Wenn bei sozialem Wohnungsbau am Ende auch Mieten von 12 € stehen, ist das keine wirkliche Lösung.

Welches sind Ihrer Ansicht nach die wichtigsten Ansätze auf Bundesebene?

Kann eine Änderung von Bauvorschriften helfen, die vorhandene oder eine andere Mietpreisbremse, oder?

10. Bezahlbarer barrierefreier Wohnraum wird in einer älter werdenden Gesellschaft immer wichtiger. Wie kann man in einer Stadt mit vielen „Bestandsgebäuden“ und wenig Neubauf Flächen dennoch sicherstellen, dass alle Menschen die es wollen selbstbestimmt in ihrem eigenen zu Hause leben und altern können?“

Antwort:

Der angespannte Wohnungsmarkt in den Metropolen und Oberzentren treibt die Mietpreise nach oben. Das Angebot an bezahlbarem Wohnraum deckt längst nicht mehr die Nachfrage. Die Antwort auf diese Entwicklung kann nicht die grenzenlose Nachverdichtung in den Städten sein. Grün- und Erholungsflächen müssen erhalten bleiben und die Belastbarkeitsgrenzen der Infrastruktur müssen bedacht werden, damit die Lebensqualität in den Städten langfristig erhalten bleibt. Verbunden mit der Anforderung von gleichwertigen Lebensverhältnissen in Stadt und Land muss die Wohnbauförderung in Regionen gedacht und das Umland stärker einbezogen werden.

Wir wollen, dass es in den immer teurer werdenden Ballungsräumen den älteren Menschen, Geringverdienern und Familien möglich ist, in ihrer vertrauten Umgebung wohnen zu bleiben. Durch eine clevere Wohnungsbauoffensive wollen wir insbesondere in Zuzugsregionen das Mietpreisniveau wieder senken. Eine Möglichkeit ist die Gründung und Förderung neuer Wohngenossenschaften, welche den sozialen Wohnungsbau in ihren Satzungen verankert haben.

Dafür ist es dringend erforderlich, überzogene Bauvorschriften zurückzunehmen und die Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau aufzustocken. Statt für einen investitionsfeindlichen Mietendeckel stehen wir für zweckgebundene Bürgeranleihen nach Münchener Vorbild. Sie schaffen den finanziellen Freiraum, das Vorkaufsrecht für Immobilien nutzen zu können, und ermöglichen der öffentlichen Hand so, neuen sozialen Wohnraum zu erschließen.

Wir wollen ein bezahlbares Wohnen in Deutschland sicherstellen. Dazu gehören für uns nicht nur bezahlbare Mieten und mehr Bauaktivität im Geschosswohnungsbau, sondern auch eine Erhöhung der Wohneigentumsquote. Das Leben in den eigenen vier Wänden darf kein Privileg der gesellschaftlichen Eliten sein, sondern muss der Mitte der Bevölkerung zugänglich sein. Eine hohe Wohneigentumsquote macht unser Land krisenfest, schützt vor Altersarmut, schafft generationenüberdauernde Werte und erhöht die persönliche Freiheit in unserem Land. Neben der Wiedereinführung der Eigenheimzulage und der Stärkung von Mietkaufmodellen wollen wir deswegen auch eine Senkung der Grunderwerbskosten für Wohneigentum erreichen. Dazu muss die Grunderwerbssteuer gesenkt werden. Hierzu müssen bestehende Fehlanreize im Länderfinanzausgleich aus dem Weg geräumt werden. Außerdem streben wir eine Renaissance der Erbpachtgrundstücke an, um auch Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen den Weg zum Wohneigentum zu ebnen.

Wir wollen jungen Menschen in Ausbildung, auch mit Kindern die Sorgen um die Finanzierung ihrer Ausbildung nehmen. Gerade in Ballungsräumen befinden sich

Berufsschulen, Universitäten und Hochschulen, und genau hier sind die Mieten hoch.

Hier wollen wir durch die gezielte Förderung von Wohnraum für Menschen in Ausbildung für Entlastung sorgen.

Wir sprechen uns für eine zügige Umsetzung einer Neuen Wohngemeinnützigkeit (NWG) aus. Die Bundesregierung muss endlich konkrete Schritte zur Realisierung der NWG einleiten. Die Situation auf dem Wohnungsmarkt spitzt sich stetig weiter zu. Ohne neue Instrumente wird sich die Situation nicht nennenswert verbessern.

Damit mehr barrierefreier Wohnraum zur Verfügung steht, möchten wir mehr Unterstützung bei der Finanzierung und Förderung von Umbaumaßnahmen.

Das Bedürfnis an Wohnraum ändert sich in vielen Fällen im Alter, sei es durch Wegfall des Arbeitsplatzes, durch Tod eines Angehörigen, durch gesundheitliche Einschränkungen usw.. Wir entwickeln hierzu Konzepte für (bezahlbares!) Wohnen im Alter in altersgerechter und sozialer Umgebung. Wir schlagen z.B. eine Mehrgenerationen-Zulage für Bauvorhaben, die Mehrgenerationenwohnen ermöglichen, vor. Auch Umbau oder Mietzuschüsse für barrierefreies Wohnen sind zu unterstützen.

Sozialleistungen für Geflüchtete

11. Die Sätze nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sind deutlich niedriger als die Regesätze in der Sozialhilfe. Halten Sie das richtig.

12. Die bundesweit eingeführte Bezahlkarte schränkt schutzsuchende Menschen weiter ein und senkt den Zahlungsaufwand kaum.

Halten Sie das Konzept für richtig und wenn ja warum?

Antwort:

Die niedrigeren Sätze stellen sicher, dass Asyl in erster Linie dem Schutzbedürfnis dient und nicht als finanzieller Anreiz wirkt. Es ist wichtig, zwischen Asylbewerbern und Sozialhilfeempfängern zu unterscheiden: Während letztere langfristig in Deutschland leben und arbeiten dürfen, haben Asylbewerber einen vorübergehenden Aufenthaltsstatus. Zudem entlastet die Begrenzung der Leistungen die Sozialkassen und sorgt für eine nachhaltige Finanzierung des Sozialstaats. Statt hoher Geldleistungen sollten gezielte Sachleistungen gefördert werden, um Integration und Selbstständigkeit zu unterstützen.

Durch die Bezahlkarte wird sichergestellt, dass die gewährten Leistungen ausschließlich für den Lebensunterhalt in Deutschland genutzt werden. Dies verhindert Sozialmissbrauch und stellt sicher,

dass finanzielle Mittel nicht für nicht zweckgebundene Ausgaben oder Transfers ins Ausland genutzt werden. Zudem vereinfacht die Bezahlkarte die Verwaltung und reduziert Bürokratie. Die Einschränkung der Bargeldverfügbarkeit lenkt den Fokus auf eine sinnvolle Integration vor Ort und erhöht die Akzeptanz der Bevölkerung gegenüber Sozialleistungen für Asylbewerber.

Migration/Bildung

13. Die Gelder für Integrationskurse wurden im Haushaltsplan 2025 stark gekürzt. So kann z.B. der für die Integration in den Arbeitsmarkt wichtige B2-Kurs in der Mannheimer Abendakademie statt 12 mal nur 1 mal angeboten werden.

In den Zeiten von Fach- und Arbeitskräftemangel schwächt man so die Arbeitsmarktintegrationsmöglichkeiten von Migranten. Halten Sie das für sinnvoll?

Antwort:

Damit Integration gelingt, ist duales staatliches Handeln erforderlich: fördern und fordern. Der Erwerb der deutschen Sprache, die Bereitschaft, sich für unseren Arbeitsmarkt zu qualifizieren und unsere freiheitlich demokratische Grundordnung bedingungslos als Bestandteil einer offenen Gesellschaft anzuerkennen, sind unverzichtbare Eckpfeiler eines Eingliederungsprozesses. Hierfür sind die nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen und staatliche Unterstützung zu gewähren. Der Entstehung von Parallelwelten ist entschieden zu begegnen.

Vor dem o.a. Hintergrund ist der von Ihnen geschilderte Sachverhalt selbstredend zu bedauern. Gleichzeitig bringt er einmal mehr den finanziellen Druck zum Ausdruck, welcher auf den Kommunen im Zuge der Migrations-/Asylpolitik durch die Bundesregierung lastet. Ich verweise hierzu auch auf meine Ausführungen zu Ihrer Frage Allgemeinheit/Sozialstaat.